

Familiengerechte Politik in die Tat umsetzen!
Familienbund nimmt Stellung zur Regierungserklärung

„In der Familienpolitik gibt es viel zu tun!“ kommentiert der Familienbund der Katholiken im Erzbistum Bamberg die Regierungserklärung von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Diözesanvorsitzender Prof. Dr. Heinz Tröster: „Wir werden den Kurs der neuen Bundesregierung und insbesondere familienbezogene Maßnahmen kritisch und konstruktiv begleiten. Familienpolitische Konzepte müssen an den Bedürfnissen der Familien orientiert sein. Leider ist kindbedingte Armut noch immer der größte gesellschaftliche Skandal“. Bei ihrer Hilfe für die Schwachen sei die Regierung zuallererst aufgefordert, hier geeignete Schritte zu unternehmen. Eine familiengerechte Politik dürfe einkommensschwache Familien nicht aus dem Blick verlieren, das beabsichtigte Elterngeld berge jedoch eine solche Gefahr. Der Familienbund nimmt damit Bezug auf die Aussage der Kanzlerin, dass noch Diskussionsbedarf bei diesem Vorhaben bestehe. Die Einführung einer Lohnersatzleistung mit den bisher bekannten Eckpunkten hält der familienpolitische Fachverband der katholischen Kirche für sozial unausgewogen. Die vorgesehene Pflicht der Väter auf Elternzeit greife in das Selbstbestimmungsrecht der Eltern ein: „Eltern brauchen keinen sanften Druck sondern massive Anreize.“

Positiv falle hingegen ins Auge, dass die Familienpolitik künftig alle Generationen im Blick habe. So sei der geplante Ausbau der Kinderbetreuung ebenso wichtig wie das „Mehrgenerationenhaus“. Gerade das Zusammenspiel zwischen Jung und Alt gewinne für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft verstärkt an Bedeutung. Prof. Dr. Tröster: „In der Familie tragen die Generationen Verantwortung füreinander. Gerade deswegen erwarten Familien die seitens der Kanzlerin angekündigten Taten.“

Autor: Martin Mehler
Geschäftsführer